

Möstl/Weiner
Polizei- und Ordnungsrecht Niedersachsen

Polizei- und Ordnungsrecht Niedersachsen

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Möstl

Universität Bayreuth, Lehrstuhl Öffentliches Recht II

Prof. a.D. Dr. Bernhard Weiner

Rechtsanwalt, Meppen; Professor an der Polizeiakademie Niedersachsen a.D.

2. Aufl. 2025



Zitiervorschlag:
Möstl/Weiner/Weiner NPOG § 1 Rn. 1

www.beck.de

ISBN 978 3 406 81839 4

© 2025 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen



[chbeck.de/nachhaltig](https://www.chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Markus Möstl	Universität Bayreuth, Lehrstuhl Öffentliches Recht II
Prof. a.D. Dr. Bernhard Weiner	Rechtsanwalt und Mediator, Professor an der Polizei- akademie Niedersachsen a.D. Meppen
Dr. Florian Albrecht M.A.	Regierungsdirektor, Hochschule des Bundes für öffent- liche Verwaltung, Brühl
Friedo de Vries	Präsident Landeskriminalamt Niedersachsen, Hannover
Prof. Dr. Antonio Esposito	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, vormals Polizeiakademie Niedersachsen
Dr. Susanne Graf	Ministerialdirigentin im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport
Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Helmut Knurbein	Bürgermeister Kreisstadt Meppen, Erster Polizeihaupt- kommissar a.D.
Johann Kühme	Polizeipräsident Polizeidirektion Oldenburg
Prof. Dr. Steffen Lampert	Universität Osnabrück
Prof. Dr. Gert Armin Neuhäuser	Präsident des Verwaltungsgerichts Osnabrück; Honorar- professor an der Leibniz Universität Hannover
Prof. Dr. Meinhard Schröder ..	Universität Passau
Alexander Seidl	Regierungsdirektor, Bezirk Niederbayern, Landshut
Dr. Hannah Timmer	Leitende Regierungsdirektorin, Niedersächsische Landes- behörde für Straßenbau und Verkehr
Prof. Dr. Norbert Ullrich	Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen Duisburg, vormals Polizeiakademie Niedersachsen sowie Privatdozent Georg-August- Universität Göttingen
Prof. Dr. Kay Waechter	Univ.Prof. und RiOVG i.R.
Prof. Dr. Henning Wellhausen	Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen Duisburg, vormals Polizeiakademie Niedersachsen

Vorwort zur 2. Auflage

Nachdem die 1. Auflage großen Anklang in der niedersächsischen Fachpraxis und Wissenschaft fand, liegt nun mit der 2. Auflage ein vollständig überarbeitetes Werk vor. Rechtsprechung und Literatur sowie aktuelle Entwicklungen wurden in der mittlerweile bewährten Darstellung des niedersächsischen Polizei- und Ordnungsrechts aufgegriffen und vertieft kommentiert. Das Werk basiert dabei auf der bereits in der 30. Edition erschienenen Online-Kommentierung und ergänzt diese.

Der Blick über den niedersächsischen „Tellerrand“ hinaus durch die systematischen und begrifflichen Vorbemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland sowie die Behandlung der europäischen Datenschutzrichtlinie bietet gerade auch den Studierenden an Universitäten, der Studiengänge der öffentlichen Verwaltung und der Polizeiakademie Niedersachsen neben dem Praxisbezug die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Vertiefung. Der Zugang zu der durchaus schwierigen Materie wird dadurch nicht nur erleichtert, sondern auch das systematische Verständnis gefördert. Neben renommierten Wissenschaftlern gehören zu den Autorinnen und Autoren nach wie vor weiterhin anerkannte Praktiker. Begleitend zur 2. Auflage werden auch in Zukunft aktuelle Entwicklungen online zur Verfügung gestellt und fortlaufend regelmäßig kommentiert. Gerade auch der Richterschaft und den Fachpraktikern in den Polizei- und Ordnungsbehörden steht dadurch zusätzlich ein aktueller, direkter und schneller Zugang zur Rechtsmaterie zur Verfügung. Das Konzept dieser besonderen Herangehensweise an die vielschichtige Thematik ist bereits im Vorwort der 1. Auflage dargestellt.

Herausgeber, Autorinnen und Autoren sowie der Verlag freuen sich, Studierenden, Praktikern aus Polizei- und Ordnungsbehörden sowie Richter- und Anwaltschaft nicht nur ein wissenschaftlich fundiertes Werk, sondern auch ein umfassendes Arbeitsmittel zur Bewältigung täglicher Anforderungen im Arbeitsalltag vorzulegen.

Bayreuth und Meppen/Ems im September 2024

Markus Möstl
Bernhard Weiner

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort zur 2. Auflage	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XIII

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen

Vorbemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland	1
Entwicklung und Strukturen des Polizei- und Ordnungsrechts in Niedersachsen	59
Einführung in die Datenschutz-Richtlinie (EU) 2016/680 (JI-RL)	77

Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)

Erster Teil. Aufgaben, Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich

§ 1 Aufgaben der Verwaltungsbehörden und der Polizei	97
§ 2 Begriffsbestimmungen	104
§ 3 Geltungsbereich	135

Zweiter Teil. Allgemeine Vorschriften

§ 4 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	142
§ 5 Ermessen; Wahl der Mittel	152
§ 6 Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen	161
§ 7 Verantwortlichkeit für Gefahren, die von Tieren ausgehen, oder für den Zustand von Sachen	171
§ 8 Inanspruchnahme nichtverantwortlicher Personen	175
§ 9 Verantwortlichkeit nach anderen Vorschriften	181
§ 10 Einschränkung von Grundrechten	182

Dritter Teil. Befugnisse der Verwaltungsbehörden und der Polizei

1. Abschnitt. Allgemeine und besondere Befugnisse

§ 11 Allgemeine Befugnisse	186
§ 12 Befragung und Auskunftspflicht	194
§ 12a Gefährderansprache, Gefährderschreiben	219
§ 13 Identitätsfeststellung, Prüfung von Berechtigungsscheinen	229
§ 14 Kontrollstellen	244
§ 15 Erkennungsdienstliche Maßnahmen	252
§ 15a Molekulargenetische Untersuchungen zur Identitätsfeststellung	268
§ 16 Vorladung	274
§ 16a Meldeauflage	283
§ 17 Platzverweisung, Aufenthaltsverbot	293
§ 17a Wegweisung und Aufenthaltsverbot bei häuslicher Gewalt	309
§ 17b Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot	315
§ 17c Elektronische Aufenthaltsüberwachung	328
§ 18 Gewahrsam	340
§ 19 Richterliche Entscheidung	363
§ 20 Behandlung festgehaltener Personen	378
§ 21 Dauer der Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentziehung	387
§ 22 Durchsuchung und Untersuchung von Personen	391
§ 23 Durchsuchung von Sachen	410
§ 24 Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	415
§ 25 Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen	430
§ 26 Sicherstellung	437
§ 27 Verwahrung	464

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 28 Verwertung, Vernichtung	466
§ 29 Herausgabe sichergestellter Sachen oder des Erlöses; Kosten	471
2. Abschnitt. Befugnisse zur Datenverarbeitung	
§ 30 Grundsätze der Datenerhebung	479
§ 31 Datenerhebung	500
§ 31a Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen	510
§ 32 Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel bei öffentlichen Veranstaltungen und im öffentlichen Raum	519
§ 32a Einsatz von automatisierten Kennzeichenlesesystemen	572
§ 33 Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	591
§ 33a Datenerhebung durch Überwachung der Telekommunikation	605
§ 33b Geräte- und Standortermittlung, Unterbrechung der Telekommunikation	641
§ 33c Auskunftsverlangen	649
§ 33d Verdeckter Eingriff in informationstechnische Systeme	676
§ 34 Datenerhebung durch längerfristige Observation	694
§ 35 Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen	708
§ 35a Datenerhebung in Wohnungen durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel	717
§ 36 Datenerhebung durch die Verwendung von Vertrauenspersonen	726
§ 36a Datenerhebung durch den Einsatz Verdeckter Ermittlerinnen oder Verdeckter Ermittler	734
§ 37 Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	741
§ 37a Rasterfahndung	747
§ 37b Parlamentarische Kontrolle	750
§ 38 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten, Zweckbindung	754
§ 39 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken	760
§ 39a Löschung	771
§ 40 Allgemeine Regeln der Datenübermittlung	773
§ 41 Datenübermittlung zwischen Verwaltungs- und Polizeibehörden	779
§ 42 Automatisiertes Abrufverfahren und regelmäßige Datenübermittlung	782
§ 42a Regelmäßige Übermittlung von Meldedaten	785
§ 43 Datenübermittlung an andere öffentliche Stellen, an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen	786
§ 44 Datenübermittlung an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs, Bekanntgabe an die Öffentlichkeit	791
§ 45 Datenabgleich	796
§ 46 Dateibeschreibung	800
§ 47 Prüffristen	801
§ 48 Dokumentation, Beteiligung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz	803
§ 49 Anwendung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes	804
§ 49a Ordnungswidrigkeiten, Strafvorschriften	805
Vierter Teil. Vollzug	
§ 50 Verwaltungsvollzugsbeamtinnen, Verwaltungsvollzugsbeamte	813
§ 51 Vollzugshilfe	815
§ 52 Verfahren bei Vollzugshilfeersuchen	817
§ 53 Vollzugshilfe bei Freiheitsentziehung	818
Fünfter Teil. Verordnungen	
§ 54 Anwendung	820
§ 55 Verordnungsermächtigung	821

	Seite
§ 56 (weggefallen)	824
§ 57 Inhalt	824
§ 58 Formvorschriften	825
§ 59 Zuwiderhandlungen	826
§ 60 Verkündung und In-Kraft-Treten	827
§ 61 Geltungsdauer	828
§ 62 Änderung und Aufhebung von Verordnungen durch die Fachaufsicht	828
§ 63 (weggefallen)	829

Sechster Teil. Zwang

1. Abschnitt. Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen

§ 64 Zulässigkeit, Zuständigkeit, Wirkung von Rechtsbehelfen	830
§ 65 Zwangsmittel	838
§ 66 Ersatzvornahme	841
§ 67 Zwangsgeld	853
§ 68 Ersatzzwangshaft	858
§ 69 Unmittelbarer Zwang	864
§ 70 Androhung der Zwangsmittel	872

2. Abschnitt. Ausübung unmittelbaren Zwangs

§ 71 Rechtliche Grundlagen	883
§ 72 Handeln auf Anordnung	889
§ 73 Hilfeleistung für Verletzte	898
§ 74 Androhung unmittelbaren Zwangs	900
§ 75 Fesselung von Personen	908
§ 76 Allgemeine Vorschriften für den Schusswaffengebrauch	915
§ 77 Schusswaffengebrauch gegen Personen	929
§ 78 Schusswaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge	944
§ 79 Besondere Waffen, Sprengmittel	949

Siebenter Teil. Schadensausgleich, Erstattungs- und Ersatzansprüche

§ 80 Zum Schadensausgleich verpflichtende Tatbestände	953
§ 81 Inhalt, Art und Umfang des Schadensausgleichs	973
§ 82 Ansprüche mittelbar Geschädigter	980
§ 83 Verjährung des Ausgleichsanspruchs	981
§ 84 Ausgleichspflichtige; Erstattungsansprüche	981
§ 85 Rückgriff gegen Verantwortliche	982
§ 86 Rechtsweg	983

Achter Teil. Organisation der Polizei und der Verwaltungsbehörden

1. Abschnitt. Polizei

§ 87 Polizeibehörden	985
§ 88 (weggefallen)	990
§ 89 (weggefallen)	990
§ 90 Polizeidirektionen	990
§ 91 (weggefallen)	993
§ 92 (weggefallen)	993
§ 93 (weggefallen)	993
§ 94 Aufsicht über die Polizeibehörden	994
§ 95 Hilfspolizeibeamtinnen, Hilfspolizeibeamte	994

2. Abschnitt. Verwaltungsbehörden

§ 96 (weggefallen)	995
§ 97 Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	995
§ 98 Aufsicht über die Verwaltungsbehörden	998

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 99 Gefahrenabwehr außerhalb der Dienstzeit	999
Neunter Teil. Zuständigkeiten	
§ 100 Örtliche Zuständigkeit, außerordentliche örtliche Zuständigkeit	1000
§ 101 (weggefallen)	1005
§ 102 Außerordentliche sachliche Zuständigkeit	1005
§ 103 Amtshandlungen von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten anderer Länder und des Bundes sowie von Bediensteten ausländischer Staa- ten	1010
§ 104 Amtshandlungen von niedersächsischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeam- ten außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Landes Niedersachsen	1017
Zehnter Teil. Kosten; Sachleistungen	
§ 105 Kosten	1020
§ 106 Sachleistungen	1023
§ 107 Entschädigung für Sachleistungen	1025
§ 108 Verletzung der Leistungspflicht	1026
Elfter Teil. Übergangs- und Schlussvorschriften	
§ 109 Zuständigkeiten, Verwaltungsakte und Verordnungen nach bisherigem Recht	1027
§ 110 Zuständigkeit in Altversorgungsfällen	1027
§ 111 Erkennungsdienstliche Maßnahmen gegen Beschuldigte	1028
Sachverzeichnis	1031